

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um Veröffentlichung der nachstehenden Pressemitteilung.

NGZ vom 31.08.2017: CDU und SPD für Einbahnstraßen-Test

Grundsätzlich begrüßen wir, dass die Diskussion über die Verkehrsregelung an der Rheydter Straße, die im Zuge des ISEK durch den Rat verabschiedet wurde, bei den großen Fraktionen CDU und SPD noch einmal in Gang gekommen ist, waren wir es doch, die mit Blick auf die berechtigten Einwände der Händler und Anlieger, den Stein ins Rollen gebracht habe, so die Fraktionsvorsitzende von Mein Grevenbroich Martina Suermann.

Mit dem Ergebnis der Diskussionen sind wir jedoch alles andere als zufrieden. Die beiden großen Ratsfraktionen schlagen vor, dass zunächst der südliche Teil der Rheydter Straße gemäß der Planung mit Geh- und Radweg, Parktaschen und Bäumen ausgebaut werden soll. Die gegenüberliegende Seite soll als Provisorium auf Zeit angelegt werden. Nach einem Jahr „Probetrieb“ soll Bilanz gezogen und darüber entschieden werden, ob sich die Einbahnstraßenregelung an der Rheydter Straße bewährt hat und dann die nördliche Straßenseite planmäßig ausgebaut werden. Sollte die Wiedereinführung des Zweispurverkehrs beschlossen werden, bedeute das jedoch den Wegfall von Parkplätzen und Bäumen zugunsten eines breiten Rad- und Gehweges.

Nach welchen Kriterien soll am Ende der Erfolg eines Probetriebs bewertet werden? Soll der Handel durch Vorlage von Jahresabschlüssen nachweisen, wie sich die „Einbahnstraße auf Probe“ auf ihre Betriebe ausgewirkt hat? Werden Passanten und Radfahrer befragt? Wie soll der Befragungsprozess transparent und für die Entscheider nachvollziehbar dargestellt werden?

Welche Folgen hat der Probetrieb zudem während der praktischen Umsetzung: Der Handel hat durch den ersten Maßnahmenabschnitt im südlichen Teil der Rheydter Straße über Monate eine Baustelle vor der Tür und ist dadurch naturgemäß schlechter zu erreichen. So weit, so gut! Dann folgt ein Versuchszeitraum von 1 Jahr mit ungewissem Ausgang, um dann möglicherweise für eine weitere Bauphase wiederum schlecht erreichbar zu sein. Wir sprechen insgesamt über einen Zeitraum von mindestens 2 – 3 Jahren, den es zu überstehen gilt. Um eines klar zu sagen: die meisten betroffenen Händler, Eigentümer und Anlieger wollen neben einer Lösung für die sozialen Probleme vor Ort auch eine bauliche Aufwertung des Viertels insgesamt und sind deshalb gerne bereit, sich satzungsgemäß und solidarisch an den anfallenden Kosten zu beteiligen. Sie kritisieren lediglich den geplanten Einspurverkehr im Bereich der Rheydter- und Bahnstraße.

Schon zu Beginn der ISEK-Diskussionen haben die Betroffenen immer wieder darauf verwiesen, dass es im Bahnhofsviertel nicht zu einer Verschlechterung der Kundenfrequenz durch eine deutliche Verringerung des Autoverkehrs und zu Einschränkungen der Erreichbarkeit kommen darf. Einige Händler sehen sich durch die geplanten Maßnahmen und die Folgen in ihrer Existenz bedroht. Schließen vor dem Hintergrund einer ungewissen Zukunft weitere Läden, so hat das erhebliche Folgen für das Quartier insgesamt.

Die angespannte soziale Situation im Bahnhofsviertel verlangt von den Anwohnern und Händlern ein hohes Maß an Toleranz und an persönlichem Einsatz. Mit einem „Straßenausbau auf Probe mit unbekanntem Ausgang“ verschärft man die Situation, statt sie zu entspannen.

Wir bedanken uns für Ihre redaktionelle Berücksichtigung.

Bei Rückfragen stehe ich Ihnen gerne persönlich zur Verfügung: 0171-5221149

Mit freundlichen Grüßen



Martina Suermann
Fraktionsvorsitzende